

Grundkurs Philosophie
Politische Philosophie

GRUNDKURS PHILOSOPHIE

Band 6

Robin Celikates und Stefan Gosepath
Politische Philosophie

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 18473

2013 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG,

Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Printed in Germany 2019

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-018473-8

www.reclam.de

Inhalt

Einleitung von Wolfgang Detel	7
Vorwort	11
1. Was ist politische Philosophie?	13
1.1. Was ist Politik?	14
1.2. Was ist und was leistet eine philosophische Reflexion der Politik?	23
2. Der Naturzustand und die anarchistische Heraus- forderung – zur Rechtfertigung politischer Herrschaft	37
2.1. Das Grundproblem	39
2.2. Die Idee des Gesellschaftsvertrags	49
2.3. Was ist der Zweck des Staates?	70
3. Kritik des Liberalismus – alternative Problem- beschreibungen	93
3.1. Ökonomische Verhältnisse: Marxismus	94
3.2. Gemeinschaft: Kommunitarismus	107
3.3. Geschlechterverhältnisse: Feminismus	122
3.4. Subjektkonstitution: Poststrukturalismus	143
4. Umkämpfte Begriffe und praktische Heraus- forderungen	149
4.1. Gerechtigkeit: Kriterien, Theorien und ihre Anwendungen	149
4.2. Politische Freiheit und ihre Bedingungen	175
4.3. Demokratie: Modelle, Begründungen und aktuelle Probleme	193
4.4. Neutralität, Toleranz und die Heraus- forderung des Multikulturalismus	207

Übungen	223
Übungen zu Kapitel 1	223
Übungen zu Kapitel 2	224
Übungen zu Kapitel 3	226
Übungen zu Kapitel 4	227
Literaturhinweise	230
Register	241

Einleitung

Dieses Buch ist der letzte Band einer siebenteiligen Einführung in die Grundlagen der Philosophie. Die ersten fünf Bände sind der theoretischen Philosophie gewidmet (Logik, Metaphysik und Naturphilosophie, Philosophie des Geistes und der Sprache, Erkenntnistheorie und Wissenschaftstheorie, Philosophie des Sozialen), die beiden letzten Bände befassen sich mit der praktischen Philosophie. Einer verbreiteten Auffassung zufolge befasst sich die theoretische Philosophie mit beschreibenden (= deskriptiven) Sätzen und Einstellungen zur Welt, während sich die praktische Philosophie mit wertenden (= normativen) Sätzen und Einstellungen zur Welt beschäftigt. Doch werden wichtige Teildisziplinen der theoretischen Philosophie, beispielsweise Logik, Semantik (= Bedeutungstheorie) und Wissenschaftstheorie, nicht selten als normative Theorien aufgefasst. Aus diesen Gründen sollte die Unterscheidung zwischen theoretischer und praktischer Philosophie vorsichtiger gefasst werden. Theoretische Philosophie beschäftigt sich vornehmlich mit Aktivitäten und Ideen, die mit der Art und Weise zusammenhängen, wie wir die Welt *auffassen* und auf sie *reagieren* – mit dem Fühlen, dem Denken, dem Argumentieren und dem Erklären, aber auch mit unseren Ideen von der Natur, vom Geist und vom sozialen Bereich (dabei geht es unter anderem auch darum, was *angemessenes* Fühlen, Denken, Argumentieren oder Erklären ist). Die praktische Philosophie hingegen beschäftigt sich vornehmlich mit Aktivitäten und Ideen, die mit der Art und Weise zusammenhängen, wie wir die Welt *verändern und verbessern wollen* – mit moralischem oder politischem Handeln, aber auch mit unseren Ideen vom guten Leben, von Freiheit und Verantwortung, vom besten Staat oder vom moralischen Standpunkt. Aus dieser Perspektive lässt sich die Unterscheidung zwischen theoretischer

scher und praktischer Philosophie an die Differenz zwischen zwei grundlegenden geistigen Beziehungen zur Welt ankoppeln – dem Meinen und dem Wünschen: Unsere Meinungen sollen so sein, wie es die Welt verlangt – unsere Meinungen weisen, wie man auch sagt, eine *Wort-auf-Welt-Ausrichtung* auf; dagegen soll die Welt so sein, wie es unsere Wünsche verlangen – unsere Wünsche weisen eine *Welt-auf-Wort-Ausrichtung* auf.

Die Bände dieser Reihe liefern einen *Überblick* über die *wichtigsten* Teildisziplinen der Philosophie und stellen ein *ausführliches Kompendium* dar, das die wichtigsten Begriffe und Positionen *aller wichtigen Teildisziplinen* der Philosophie präsentiert – und zwar in einer möglichst knappen, genauen und verständlichen Form. Der damit verbundene inhaltliche und formale Anspruch unterscheidet die Darstellung sowohl von allgemeinen Einführungen in die Philosophie als auch von speziellen Einführungen in einzelne philosophische Teildisziplinen. Der riskante Versuch, einen derart umfassenden und zugleich kurzgefassten Überblick zu liefern, ist in didaktischer Hinsicht dadurch motiviert, dass es in der Philosophie sehr viele Details zu lernen gibt, dass es aber zugleich auch wichtig bleibt, nicht den Blick auf das Ganze zu verlieren.

Die Präsentation und Diskussion des umfangreichen Stoffes ist primär systematisch. Doch werden in diesem systematischen Rahmen auch die einflussreichsten historischen Positionen behandelt. Philosophische Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Die Begriffsbildungen und Positionen werden sukzessive eingeführt und in numerierter Form zusammengefasst. Wer ernsthaft in den präsentierten Stoff einsteigen will, sollte sich darum bemühen, diese Explikationen so weit wie möglich zu internalisieren. Von ihrer Anlage her ist diese Einführung daher ein *Grundkurs zum Fach Philosophie*, der auch für ein Selbststudium und als Hintergrundinformation für philosophische Proseminare benutzt werden kann.

Jeder der sieben Bände enthält ein umfangliches Sachregister sowie ein Literaturverzeichnis, das jeweils grundlegende Überblicksliteratur und spezielle Literatur zu jedem der einzelnen Kapitel und zum Teil auch zu jedem Kapitelabschnitt angibt. Zu den einzelnen Kapiteln und den meisten der aufgeführten philosophischen Explikationen werden am Ende eines jeden Bandes Übungsaufgaben gestellt, die den Lernprozess unterstützen und zugleich auf die konkrete Anwendbarkeit der eingeführten Explikationen und Positionen verweisen. Die Anlage der Bände beruht unter anderem auf langjährigen didaktischen Experimenten und Erfahrungen mit Grundkursen zur theoretischen und praktischen Philosophie, die von den Autoren am Institut für Philosophie (und zum Teil auch am Institut für Politikwissenschaft) der Goethe-Universität Frankfurt am Main (und andernorts) durchgeführt worden sind.

Wolfgang Detel

Vorwort

Die politische Philosophie als Teilgebiet der praktischen Philosophie behandelt zwei Arten von Fragen: (1) Fragen, die sich stellen, seit Menschen begonnen haben, ihre kollektiven Ordnungen nicht als unveränderlichen Teil der natürlichen oder göttlichen Ordnung, sondern als potentiell durch ihre Handlungen veränderbar und daher sowohl der Kritik als auch der Rechtfertigung zugänglich zu betrachten; und (2) Fragen, die sich aus den konkreten politischen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart ergeben. Im folgenden wird in die philosophische Reflexion beider Arten von Fragen eingeführt und dabei auch gezeigt, dass sie gerade nicht unverbunden nebeneinander stehen, sondern vielmehr aufeinander verweisen. Obwohl in dieser Einführung auch auf zahlreiche historisch einflussreiche Klassiker der politischen Philosophie eingegangen wird, ist die Darstellung nicht ideengeschichtlich, sondern systematisch ausgerichtet. Sie ist also an Grundproblemen, Grundbegriffen und wichtigen systematischen Positionen sowie gegenwärtigen Herausforderungen orientiert. Im Rahmen dieser systematischen Diskussion werden so auch die zentralen Paradigmen und ihre wichtigsten Vertreter aus der Geschichte und Gegenwart der politischen Philosophie behandelt. Dabei wird die interne Pluralität der politischen Philosophie nicht unter den Teppich gekehrt, sondern gerade herausgestellt – nicht zuletzt aus dem Grunde, weil wir, die beiden Autoren, durchaus unterschiedliche methodologische und substantielle Positionen vertreten.

Für hilfreiche Kommentare zu verschiedenen Stadien der Ausarbeitung unseres Manuskripts danken wir Rainer Forst, Rahel Jaeggi, Felix Koch, Regina Kreide, Andreas Niederberger, Peter Niesen, Martin Nonhoff,

Arnd Pollmann, Beate Rössler, Martin Saar, Jörg Schaub und Lutz Wingert. Jekaterina Markow hat das gesamte Manuskript am Schluss einer gründlichen Lektüre unterzogen und wichtige Verbesserungen vorgeschlagen.

1. Was ist politische Philosophie?

Was »politische Philosophie« bedeutet, wie sie zu definieren und zu betreiben ist, stellt selbst ein kontroverses Thema der politischen Philosophie dar: Es wird häufig eher implizit, manchmal aber auch explizit verhandelt. Wie politische Philosophie definiert wird, variiert nach historischen Epochen, nach gesellschaftlichen Bedingungen und theoretischen Ansätzen. Dennoch haben die verschiedenen Definitionen meist folgenden Bedeutungskern gemeinsam: Politische Philosophie ist die philosophische Reflexion der Bedingungen der Politik. Diese Reflexion kann eher analytisch auf die Struktur politischen Handelns und politischer Institutionen (z.B.: Wann ist ein Handeln politisch? Was ist ein Staat?) oder die Bedeutung politischer Begriffe (z.B.: Was bedeutet Autorität?) ausgerichtet sein oder, in normativer Absicht, nach der Begründbarkeit der politischen Ordnung oder bestimmter Regeln des sozialen Zusammenlebens fragen (z.B.: Nach welchen Prinzipien sollte das Gemeinwesen organisiert sein? Welche Rechte sollten Bürger gegenüber der Regierung haben? Warum sollte es überhaupt eine Regierung geben?). In beiden Hinsichten stellt sich die Frage, welche Bedeutung empirischem Wissen für die Klärung der Grundfragen der politischen Philosophie zukommt.

Um zu einer genaueren Antwort auf die Frage »Was ist politische Philosophie?« zu kommen, sind demnach zwei Fragen zu unterscheiden und einleitend in aller Kürze und unvermeidlichen Abstraktheit zu diskutieren, nämlich (1): Was ist Politik? Und (2): Was ist und was leistet eine philosophische Reflexion der Politik?

1.1. Was ist Politik?

Einen geeigneten Einstieg bietet die Beantwortung der Frage, was wir im Alltag als »Politik« bzw. als »politisch« bezeichnen. So sprechen wir etwa von einer politischen Diskussion, politischen Vereinigungen, von Parteipolitik und politischen Umstürzen. Gemeinsam ist diesen Sprechweisen, dass es ihnen um öffentliche Angelegenheiten geht, die im Prinzip »alle« betreffen – wobei es in politischen Auseinandersetzungen häufig gerade darum geht, zu bestimmen, *was* denn nun öffentlich ist und alle betrifft.

Die Beantwortung der Frage »Was ist Politik?« ist auch deshalb von großer Wichtigkeit, weil sich in Abhängigkeit davon bestimmte Fragen der politischen Philosophie so oder anders oder auch gar nicht mehr stellen. Umgekehrt lässt die Art und Weise, in der eine bestimmte Frage in der politischen Philosophie diskutiert wird, Rückschlüsse darauf zu, welcher Begriff von Politik dabei implizit zugrunde gelegt ist – und dann wäre zu untersuchen, ob sich die Frage auch dann (in derselben Form) stellt, wenn ein anderer Politikbegriff zugrunde gelegt wird. In der philosophischen und politiktheoretischen Diskussion lassen sich grob vier paradigmatische Antworten auf die Frage, was Politik eigentlich ist, unterscheiden.

1 Vier paradigmatische Antworten auf die Frage »Was ist Politik?«

- (1) Die klassische Antwort: Politik als gemeinwohlorientierte Praxis
- (2) Die liberale Antwort: Politik als Anwendung moralphilosophischer Prinzipien bzw. als Entscheidungsfindung innerhalb eines rechtlich und/oder moralisch bestimmten Rahmens

- (3) Die »realistische« Antwort: Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und als Kampf um Macht
- (4) Die systemtheoretische Antwort: Politik als gesellschaftliches Teilsystem zur Herbeiführung und Durchsetzung gesamtgesellschaftlich bindender Entscheidungen

Der Antwort (1) zufolge, die man als *klassisch* bezeichnen kann, weil sie auf die griechische Antike und damit den Beginn der westlichen politischen Philosophie zurückgeht, sind die politischen Angelegenheiten diejenigen Angelegenheiten, die alle Mitglieder der Gemeinschaft etwas angehen. Die Orientierung am Gemeinwohl – dem Wohlergehen der Gemeinschaft als Ganzes – ist nach diesem Verständnis politischem Handeln also wesentlich: Politik kann es nur dann geben, wenn die Bürger ihr Handeln am Gemeinwohl ausrichten. Wer nur sein Eigeninteresse oder die partiellen Interessen einer bestimmten Gruppe und nicht die allgemeinen Interessen aller Bürger (unter modernen Bedingungen: aller Bürgerinnen und Bürger) im Blick hat, der handelt nicht politisch. Das aber bedeutet, dass Politik in diesem klassischen Verständnis auch von den ethischen Einstellungen und dem Charakter, kurz den Tugenden der Bürger abhängt. Besonders deutlich wird dies in den politischen Theorien der Antike, vor allem in den Werken von Platon und Aristoteles. Für Aristoteles ist der Mensch sogar von Natur aus ein politisches Wesen – *Zoon politikon* –, so dass er eigentlich auch nur als politisch aktiver Bürger im vollen Sinn Mensch sein kann. Zusammenfassend kann man also sagen, dass die klassische Antwort Politik als gemeinwohlorientierte Praxis versteht, d.h. als ein Handeln, das das für die Gemeinschaft Gute bzw. eine gute politische Ordnung zu realisieren versucht.

Die *liberale* Antwort (2) speist sich zunächst aus der

skeptischen Einschätzung, dass sich allgemeingültige Aussagen über das Gute, die Natur des Menschen oder das Gemeinwohl zumindest unter Bedingungen des Pluralismus, wie sie vor allem in modernen Gesellschaften herrschen, nicht verbindlich treffen lassen, sondern immer umstritten sein werden. Aus dieser Perspektive erscheint es deshalb auch wenig sinnvoll, Politik als »gemeinwohl-orientiertes Handeln« zu definieren. Anstatt von einem substantiell verstandenen Gemeinwohl geht der Liberalismus (hier und im folgenden primär als philosophische und nicht als politische Strömung verstanden) daher von Individuen aus, die über bestimmte basale Interessen – etwa an »Leben, Freiheit und Eigentum« (John Locke) – sowie über unveräußerliche Rechte verfügen, die diese Interessen schützen sollen. Außerdem geht die liberale Antwort davon aus, dass diese Interessen, etwa aufgrund der Knappheit bestimmter Güter, in vielen Fällen im Widerspruch miteinander stehen werden. Die darin begründete Möglichkeit des Konflikts führt aus liberaler Sicht zur Notwendigkeit allgemeinverbindlicher Regelungen, die dem Verhalten der Konfliktparteien bestimmte Grenzen auferlegen. In der neuzeitlichen Vertragstheorie, die im zweiten Kapitel (vgl. 2.2.) näher untersucht werden wird, wird dieses Argument als Überwindung des Naturzustands – also eines Zustands ungerегelten und daher konfliktreichen Zusammenlebens – durch die Etablierung eines gemeinsamen moralisch oder rechtlich bestimmten Rahmens formuliert. Als Politik werden dann jene Entscheidungen der Gemeinschaft bezüglich des Zusammenlebens bezeichnet, die innerhalb dieses – etwa in der Verfassung festgelegten – Rahmens getroffen werden. Daraus folgt unter anderem, dass der Schutz individueller Rechte und die Sicherung von Freiräumen, in denen jeder nach seiner eigenen Vorstellung glücklich werden kann, das zentrale Anliegen liberaler Politik ist. Zusammenfassend kann man sagen, dass die liberale Antwort Politik als An-

wendung moralphilosophischer Prinzipien (etwa der Gerechtigkeit) auf öffentlich zu entscheidende Fragen bzw. als Entscheidungsfindung innerhalb eines rechtlich und/oder moralisch bestimmten Rahmens versteht.

Die »realistische« Antwort (3) bezweifelt, dass sich der Naturzustand wirklich mit Mitteln der Moral und des Rechts überwinden lässt. Letztlich diagnostiziert sie ein Andauern des Naturzustands, da die Welt der Politik durch anhaltende Konflikte und das »Recht des Stärkeren« geprägt sei. Dieser Zurückweisung aller weitergehenden Hoffnungen oder Erwartungen als bloßen Idealismus und Utopismus liegt häufig eine pessimistische Anthropologie zugrunde, die in Eigeninteresse und Herrschaftsstreben die primären Antriebe politischer Akteure sieht. Diese skeptische Sichtweise geht einher mit der Annahme, dass es sich bei der Politik um einen gegenüber Moral und Recht autonomen Bereich handelt, der seiner eigenen Logik folgt und eigene Standards der Bewertung (etwa von politischem Erfolg) ausbildet. Diese »realistische« Perspektive ist insofern antinormativistisch, als sie die Bewertung politischen Handelns anhand von moralischen und rechtlichen Normen, die den konkreten politischen Kontext übersteigen, ablehnt. Nach dieser Vorstellung ist der Bereich der Politik durch strategisches Handeln geprägt, das auf den Erwerb und die Sicherung von Macht zielt. So versteht etwa Niccolò Machiavelli Politik als Machterlangung, Machterhalt und Machtgebrauch. Moral und Recht erscheinen vor diesem Hintergrund nicht als wirksame Begrenzung politischer Konflikte, sondern als Mittel, derer man sich im Machtkampf bedient. Zusammenfassend kann man sagen, dass die »realistische« Antwort Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und damit als Kampf um Macht versteht.

Anders als die drei vorgestellten Sichtweisen, die in der Politik entweder das höchste Gut oder aber doch die zentrale Instanz der Regulierung des Zusammenlebens sehen,

versteht die vor allem im sozialwissenschaftlichen Kontext einflussreiche, auf den Soziologen Niklas Luhmann zurückgehende *systemtheoretische* Antwort (4) Politik rein deskriptiv als bloßes Teilsystem der modernen Gesellschaft. Das politische System ist heute ein System neben anderen, etwa dem Wirtschafts- und dem Rechtssystem, und nicht die Spitze oder das Zentrum der Gesellschaft, wie das noch in weniger komplexen vormodernen Gesellschaften der Fall gewesen sein mag. In dieser Perspektive wird Politik tendenziell mit den staatlichen Institutionen des Regierens gleichgesetzt. Deren Aufgabe wird zwar in der Herbeiführung und Durchsetzung gesamtgesellschaftlich bindender Entscheidungen gesehen. Aufgrund der für moderne Gesellschaften charakteristischen internen Differenzierung und ihrer Einbindung in globale Zusammenhänge werden jedoch zunehmend Zweifel an der Einlösbarkeit dieses Steuerungsanspruchs laut. Zusammenfassend kann man sagen, dass die systemtheoretische Antwort Politik deskriptiv als System versteht, das bestimmte gesellschaftliche Funktionen erfüllt.

Im Anschluss an diese vier paradigmatischen Antworten auf die Frage, was Politik ist, lassen sich die folgenden vier begrifflichen Unterscheidungen treffen, deren sich die vier Politikverständnisse auf unterschiedliche Weise bedienen und die dabei behilflich sein können, sie systematisch einzuordnen:

2 Was ist Politik? Vier konzeptionelle Unterscheidungen

- (1) »Die Politik« und »das Politische«
- (2) Öffentlich und privat
- (3) Institutionelles und außerinstitutionelles Handeln

(4) Politik als Mittel zur Erreichung außerpolitischer Zwecke und Politik als Selbstzweck

Eine Unterscheidung (1), die dabei helfen kann, die Frage »Was ist Politik?« zu beantworten, differenziert »*die Politik*« und »*das Politische*«. Unter »Politik« wird dabei das verstanden, was auch das Alltagsverständnis meist darunter versteht, also konkrete politische Praktiken und Institutionen wie der Kampf um Stimmen bei einer Wahl, das Aushandeln von Kompromissen in staatlichen Institutionen und das Handeln von Bürgerinnen und Bürgern in politischen Bewegungen. Man kann jedoch auch die von diesen konkreten Formen der Politik abstrahierende Frage stellen, was eigentlich das genuin Politische an der Politik ist, ob es also ein Merkmal gibt, das diese Praktiken und Institutionen teilen und das sie zu genuin politischen (im Unterschied etwa zu einfach nur sozialen) Praktiken und Institutionen macht. Wie bereits gezeigt wurde, ist auf diese Frage eine Reihe von Antworten gegeben worden, die das Wesen der Politik im Konflikt, gar im Kampf, in der Selbstbestimmung von Freien und Gleichen oder auch in der Einigung und im Streben nach Konsens erblicken.

Eine Unterscheidung, die häufig herangezogen wird, um die Frage »Was ist Politik?« zu beantworten, und auf die ebenfalls bereits verwiesen wurde, ist (2) jene zwischen *öffentlich* und *privat*. Während die Öffentlichkeit als der Bereich der Politik verstanden wird, gilt das Private üblicherweise als dem Zugriff der Politik entzogen. Oft wird diese Unterscheidung so verstanden, dass der Bereich des Privaten ein Raum ist, in dem die Individuen ihre jeweiligen Freiheiten ungestört nutzen können, während der öffentliche Raum mit der Sphäre staatlicher Eingriffe zusammenfällt.

Diese Unterscheidung wurde vor allem von feministischer Seite einer grundsätzlichen Kritik unterzogen. Die

Familie, die Geschlechterrollen und die Erziehung betreffende Fragen wurden traditionell dem Bereich des Privaten zugeordnet, obwohl sie nicht in einem politik- und rechtsfreien Raum situiert sind und sehr wohl die Rechte und Freiheiten vor allem der betroffenen Frauen tangieren (vgl. 3.3.). Aber auch Fragen der Wissenschaft, der Religion und der individuellen Gesundheit galten lange als nichtöffentliche Fragen, die also nicht zum Gegenstand der Politik gemacht werden sollten. Sie sind in den letzten Jahren jedoch zunehmend »politisiert« worden. Schließlich ist auch die marxistische Kritik an dieser Unterscheidung zu erwähnen, der zufolge damit eigentlich politische Phänomene wie ökonomische Verhältnisse und Entscheidungen von der Theorie als unpolitisch ausgeblendet werden (vgl. 3.1.). Dennoch bestehen die Vertreter des Liberalismus darauf, dass es trotz dieser Schwierigkeiten und des umstrittenen Charakters der Grenzziehung einer Unterscheidung zwischen öffentlich und privat bedarf, um die Grenzen legitimen staatlichen Handelns zu bestimmen und den Individuen einen geschützten Rückzugsraum zu eröffnen. Die Frage, wo die Grenze zwischen privat und öffentlich und damit auch die Grenze der Politik verläuft, ist freilich selbst eine politische Frage, die der politischen Entscheidung – und damit in einer Demokratie auch der öffentlichen Diskussion – bedarf.

Zwei weitere Unterscheidungen sollen kurz erwähnt werden. Man kann sich (3) fragen, ob der einzige oder primäre Ort der Politik tatsächlich die dezidiert politischen (und das heißt meist: staatlichen) Institutionen sind oder ob Politik auch oder vielleicht sogar vor allem in außerinstitutionellen Praktiken (z.B. »auf der Straße«) gemacht wird. Diese Unterscheidung ist deshalb von Bedeutung, weil sich in vielen Ansätzen in der gegenwärtigen politischen Philosophie eine gewisse Institutionenzentriertheit ausmachen lässt, die außerinstitutionelle Formen der po-

litischen Praxis wie soziale Bewegungen, revolutionären Widerstand und zivilen Ungehorsam gar nicht in den Blick bekommt oder von vornherein als illegitim disqualifiziert, obwohl diese doch für faktische politische Transformations- und Demokratisierungsprozesse von größter Bedeutung sind.

Schließlich kann man (4) fragen, ob Politik primär ein Mittel zur Erreichung außerpolitischer Zwecke oder Selbstzweck ist. Wer Politik nur als Mittel zum Zweck ansieht, kann etwa behaupten, dass Akteure ihre Interessen durchzusetzen versuchen und politisches Handeln für sie hierfür lediglich einen Weg unter anderen darstellt. Wird hingegen Politik als Selbstzweck angesehen, würde man nur dann von Politik sprechen, wenn die Beteiligten genuin politische Zwecke – etwa das Gemeinwohl oder die Freiheit aller – im Blick haben.

Darüber hinaus lässt sich noch eine fünfte idealtypische Unterscheidung einführen, die besonders grundlegend ist und uns im folgenden immer wieder begegnen wird, und zwar die Unterscheidung zwischen zwei alternativen Verständnisweisen von Politik bzw. zwei alternativen theoretischen Perspektiven auf Politik, die meistens – etwa in den oben unterschiedenen paradigmatischen Antworten auf die Frage »Was ist Politik?« und in den nachfolgend behandelten Theorien – mit unterschiedlicher Gewichtung kombiniert werden.

3 *Zwei Verständnisweisen von Politik*

- (1) Politisches Handeln als Verwirklichung von Normen
- (2) Politisches Handeln als Kampf um Macht

Dem einen Verständnis zufolge ist politisches Handeln als Verwirklichung von *Normen* (der guten Ordnung oder

der Gerechtigkeit) zu verstehen, dem anderen zufolge als Kampf um die *Macht* und die Durchsetzung von Interessen. Während das erste ein normatives oder gar moralisches, idealistisches Politikverständnis darstellt, ist das zweite ein eher strategisches oder »realistisches«. Die erste Sichtweise erkennt im Konsens über grundlegende Normen eine notwendige Voraussetzung von Politik und in der Einigung über konkrete Probleme ihr eigentliches Ziel, während die zweite die Bedeutung des Konflikts betont und Konsens weder als Voraussetzung noch als Ziel von Politik für möglich oder auch nur wünschenswert hält. Beide Verständnisweisen von Politik unterscheiden zwischen Politik auf der einen und Recht sowie Moral bzw. Ethik auf der anderen Seite. Aber diese Trennung ist im Fall des ersten Verständnisses weniger strikt als im Fall des zweiten. Für die Vertreter der ersten Sichtweise ist Politik wesentlich auf die Orientierung durch moralische bzw. ethische Normen sowie auf einen rechtlichen Rahmen angewiesen, wohingegen die Vertreter der zweiten Sichtweise Moral, Ethik und auch Recht als selbst wieder politisch umstrittene Phänomene begreifen, die der Politik deshalb weder vor- noch übergeordnet werden können.

Was politisch ist, ist also selbst umstritten – und zwar in der Theorie ebenso wie in der Praxis. Im folgenden werden wir daher von einem relativ umfassenden Verständnis von Politik ausgehen:

4 *Definition »Politik«*

Politik ist die öffentliche Thematisierung und Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten eines Gemeinwesens, insbesondere durch allgemeinverbindliche Entscheidungen.

Diesem Verständnis zufolge gibt es in jedem Gemeinwesen Angelegenheiten, die (prinzipiell) alle betreffen und die auf die eine oder andere Weise geregelt werden müssen, um die Interaktion zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft durch Handlungsnormen zu steuern und um kollektive Ziele zu realisieren.

1.2. Was ist und was leistet eine philosophische Reflexion der Politik?

Gemeinsam ist den unterschiedlichen Verständnisweisen politischer Philosophie, diese als die philosophische – theoretisch und wissenschaftlich informierte – Reflexion der Bedingungen der Politik zu begreifen. Dabei sind die Grenzen und Übergänge zu den Nachbardisziplinen, insbesondere zur Politikwissenschaft, fließend. So wird die sozialwissenschaftlich informierte Reflexion der Grundlagen der Politik in der Politikwissenschaft »politische Theorie« genannt. Diese unterschiedlichen Bezeichnungen entsprechen vor allem einer wissenssoziologischen und institutionellen Zuordnung: Politische Philosophie wird in Instituten für Philosophie und politische Theorie in Instituten für Politikwissenschaft betrieben. Beide, politische Theorie und politische Philosophie, behandeln – zumindest nach einer bestimmten Auffassung, der wir uns anschließen – jedoch inhaltlich dieselben Themen und verwenden dabei ein sich weitgehend überlappendes Methodenspektrum. In der politischen Philosophie und politischen Theorie überschneiden sich demnach noch das Fach Philosophie und die einst aus ihr ausgewanderte Politikwissenschaft. In diesem Sinn wird im folgenden ein ebenfalls relativ umfassendes Verständnis dieses Bereichs zugrunde gelegt.

5 *Definition »politische Philosophie« und »politische Theorie«*

Politische Philosophie und politische Theorie werden verstanden als systematische und immer auch normative Reflexion der Bedingungen der Politik, also der öffentlichen Thematisierung und Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten eines Gemeinwesens.

Politische Philosophie als normative Theorie

Zunächst ist die politische Philosophie genauso wie ihre Nachbardisziplinen eine Subdisziplin der akademischen Geistes- und Sozialwissenschaften, wie sie in Universitäten weltweit gelehrt und beforscht wird. In ihr geht es um die wissenschaftliche und theoretische Untersuchung der Bedingungen der Politik. Die politische Philosophie ist eine Form der Thematisierung der politischen Praxis, in der öffentliche Regelungen der gemeinsamen Angelegenheiten ausgehandelt werden, um diese Praxis (besser) verstehen, erklären und schließlich auch beurteilen zu können. Diese Thematisierung ist insofern selbstreflexiv, als die Theoretiker selbst wiederum Teilnehmer dieser Praxis sind und die philosophische Reflexion aus der praktischen Reflexion erwächst und an sie zurückgebunden bleibt.

Warum braucht man eine solche Theorie? Reicht es nicht aus, dass in unserem Alltag politische Praxis gegenwärtig faktisch funktioniert, dass also unsere gemeinsamen Angelegenheiten auf der Basis eingespielter und tradierter Regeln faktisch doch irgendwie immer schon bewältigt werden? Nein, denn eine bloß implizit regelgeleitete, unreflektierte politische Praxis wäre aus zugleich praktischen und normativen Gründen ungenügend. Zunächst blieben so Sinn und Zweck der politischen Praxis unklar, weil die ex-

plizite *Begründung* für die politische Praxis fehlen würde. Zu einer solchen Begründung – aber auch zur Infragestellung bereits existierender Begründungen – kann die politische Philosophie einen wesentlichen Beitrag leisten, indem sie als systematische Theorie einen geordneten Zusammenhang von Aussagen liefert, die auf die Beantwortung von Warum-Fragen zielen. »Wissenschaftlich« kann eine solche Theorie aufgrund der methodisch ausgewiesenen Weise ihrer Hervorbringung und der Rechtfertigung ihrer Aussagen heißen. Eine Theorie kann als Ergebnis der angewandten Methode begründet den Anspruch erheben, wahr bzw. zutreffend oder überzeugend zu sein, womit sie sich der wissenschaftlichen Diskussion (dem Austausch von Argumenten und Gegenargumenten) stellt. Was die politische Philosophie in besonderem Maße zu einer kritischen Reflexion der Politik befähigt, ist daher, dass auch sie selbst ja permanent – vonseiten anderer Theorien – in ihrem Begründungsanspruch in Frage gestellt und so zur ständigen Selbstbegründung genötigt wird. Sie ist also nicht nur Reflexion über das Politische, sondern immer auch schon einer kritischen Selbstreflexion ausgesetzt.

Um die öffentliche Thematisierung und Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten (besser) verstehen, erklären und beurteilen zu können, steht eine Reihe von Herangehensweisen zur Verfügung. Zum einen sucht man aus der *Beobachterperspektive* nach kausalen Erklärungszusammenhängen, die die Ursachen und Folgen des zu erklärenden Phänomens aufzeigen. Aber diese Kausalzusammenhänge allein machen politisches Handeln nicht verständlich. Um die Grundlagen politischen Handelns (besser) verstehen und beurteilen zu können, muss man sich auch den Gründen, Motiven und Zwecken zuwenden, die die Menschen allererst dazu anhalten, eine bestimmte politische Praxis hervorzubringen, zu stabilisieren oder zu verändern. Will man Menschen nicht bloß von außen beobachten und als Objekte sozialer Steuerung behandeln, sondern sie als Subjekte